

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Meierhofer, Hans-Michael Goldmann, Michael Kauch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/11911 –**

Transparente und eindeutige Produktkennzeichnung als Voraussetzung für ökologische Konsumentenverantwortung

A. Problem

Fehlen einer geeigneten transparenten und eindeutigen Kennzeichnung zur Unterscheidung zwischen Mehrweg- und Einwegpfand.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht beziffert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/11911 abzulehnen.

Berlin, den 6. Mai 2009

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Franz Obermeier
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Franz Obermeier

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/11911** wurde in der 214. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 2009 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Fraktion der FDP fordert in ihrem Antrag, die Kennzeichnung von Einweg- und Mehrweggetränkeverpackungen deutlicher zu machen, damit die Verbraucher bewusster zwischen den unterschiedlichen Verpackungsarten unterscheiden können. Dies sei momentan nicht ohne weiteres möglich. Die Hersteller und Vertreiber von Einweggetränkeverpackungen seien derzeit nicht verpflichtet, eine einheitliche Kennzeichnung zu verwenden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/11911 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 103. Sitzung am 6. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 89. Sitzung am 6. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/11911 in seiner 92. Sitzung am 6. Mai 2009 abschließend beraten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** machten darauf aufmerksam, dass das zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bereits mit dem Problem der Kennzeichnung befasst sei. Problematisch sei die Tatsache, dass nach dem Willen der Antragsteller bereits jetzt alle Überlegungen zur Einführung einer Einwegabgabe eingestellt werden sollten. Dies sei verfrüht; in der Verpackungsverordnung sei festgelegt, dass die Bundesregierung bis zum 1. Januar 2010 über die abfallwirtschaftlichen Auswirkungen der Pfandpflicht berichten solle. Wenn man eine solche Berichtspflicht ernst nehme, sei eine vorzeitige Festlegung nicht zielführend.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass das Zwangspfand für Einwegverpackungen leider nicht den gewünschten Effekt, die Mehrwegquote zu stützen, gehabt habe. Im Gegenteil, die Einwegquote sei deutlich angestiegen. Nun sei zumindest eine klare einheitliche Kennzeichnung erforderlich, um den Menschen eine bewusste Entscheidung für Einweg- oder Mehrwegverpackung zu ermöglichen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass einige der mit der Einführung des Einwegpfands angestrebten Ziele durchaus erreicht worden seien. So würden heute viel mehr Einwegflaschen zurückgebracht und werde somit die Umwelt weit geringer belastet. Richtig sei allerdings, dass es wegen der ähnlichen Pfandsysteme häufig zu Verwechslungen komme. Eine Verbesserung der Kennzeichnung sei daher durchaus sinnvoll. Dies sei aber bei weitem nicht ausreichend. Es sei eben nicht unerheblich, ob sich die Menschen für Einweg- oder Mehrwegverpackungen entschieden. Die Einführung einer Einwegabgabe sei daher zu befürworten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11911 zu empfehlen.

Berlin, den 6. Mai 2009

Franz Obermeier
Berichterstatter

